

Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 20

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

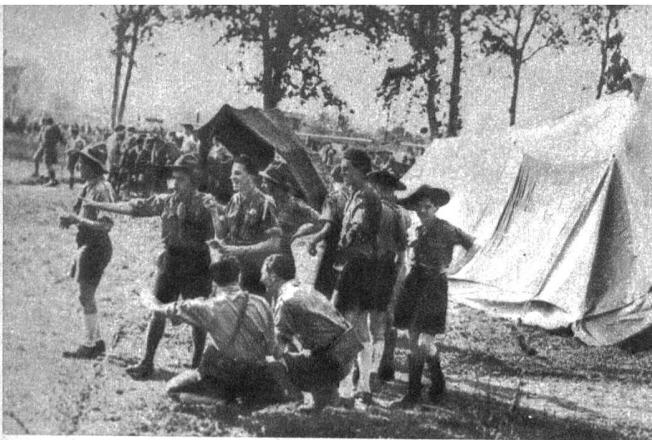
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Unsere Pfadfinder in Mailand

Vor den Toren der Stadt Mailand ist eine kleine Zeltstadt aufgebaut worden. Sie beherbergt das erste internationale Pfadfinderlager der Nachkriegszeit. Ausser den italienischen «Pfadi» beteiligten sich Züge aus Frankreich, England, Polen und der Schweiz. In einer Spielpause begegneten wir einer Schweizergruppe vor ihrem Zelt. (ATP)



Der amerikanische Kohlenbergarbeiterstreik, an welchem mehrere hunderttausend Bergleute teilnahmen, drohte sich zu einer wirtschaftlichen Katastrophe für die Vereinigten Staaten auszuwachsen. Mehrere Riesenbetriebe hatten ihre Pforten aus Kohlemangel schliessen müssen, wodurch Millionen von Arbeiter vorübergehend ihre Arbeit einstellen mussten. Unser Bild: Im Kohlenrevier von Williamson stehen gegenwärtig 1000 leere Kohlenwagen. (Photopress)



Krieg in Persien!

Da die Regierung von Iran die «Vorschläge» von Aserbeidschan nicht akzeptierte, soll die jüngste Republik der Welt an Iran den Krieg erklärt haben. Zudem verkündete der Ministerpräsident von Aserbeidschan, dass sich seine Armee im Marsch auf Teheran befindet. Unser Bild zeigt vor dem Palast des Schah von Persien dessen persönliche Garde. (ATP)



«Kronprinzessin Elisabeth ist eine ausgezeichnete Tänzerin...» erklärte Captain Lord Rupert Nevill, nachdem der Marineoffizier die englische Thronfolgerin, welche zum ersten Male an einem öffentlichen Ball der Kriegs- und Handelsmarine zu Gunsten notleidender Matrosen teilnahm, zum Tanz geführt hatte. Unser Bild zeigt Kronprinzessin Elisabeth bei einem Fox-trott mit Captain Nevill. (Photopress)

Am Jahrestag der Einstellung des Feuers in Europa konnte auf elsässischem Boden der Flughafen Basel-Mühlhausen eröffnet werden. In der geradezu unglaublichen kurzen Zeit von sechs Wochen, der provisorische Flugplatz, dem eigentlichen Flughafen, mit einer 1200 m langen Stahl-Landestrecke entstanden. Am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, am Öffnungstag, an dem die Trikolore neben dem Schweizerkreuz über dem lebhaften Verkehr, herrschte ein überwältigender Andrang. Links: Nach der Abdankung des italienischen Königs Vittorio Emanuel III. hat sein Sohn Umberto den Thron bestiegen. Umberto II. wurde im Jahre 1904 als drittes Kind des italienischen Königspaares geboren. Er vermählte sich am 8. Januar 1937 in Rom mit der belgischen Prinzessin Marie-José. Unser Bild zeigt das italienische Königspaar. Die neue Königin ist beim Volk ungemein populär. (Photopress)

Sinnvolle Gedenkfeier zum Jahrestag des Waffenstillstandes auf dem Amerikanerfriedhof in Münsingen

Zur Erinnerung an alle Soldaten, die ihr Leben für die Freiheit der Völker opfereten und als sichtbares Symbol der schweizerisch-amerikanischen Freundschaft wurden am 8. Mai 1946 auf dem Amerikaner Friedhof in Münsingen sechs Eichbüchlein gepflanzt. Diese Bäumchen sind am 8. Mai 1945 aus Freude über das Kriegsende durch Kinder der Stadt Bern gesät worden. Damit wollten sie der geworbenen Hoffnung geben, dass die so schreitenden umgepflanzte Gegenwart gute Ackerfeld sei für die Saat der Gerechtigkeit und Eintracht unter den Menschen. (Photopress)

Oben: Vor dem Einflugfeld der sechs Eichbäumchen von Colonel Harrington von der amerikanischen Gesandtschaft in Bern (zweiter von rechts). Unten: Berner Schulkindern pflanzen in den Boden des amerikanischen Soldatenfriedhofes in Münsingen die sechs aufgezogenen Eichbäumchen. (Photopress)

ENGLAND - SCHWEIZ

4:1

Am vergangenen Samstagnachmittag fand in London der Revanche-Match England — Schweiz statt, der mit dem überlegenen Sieg der Engländer von 4 : 1 Toren endete.

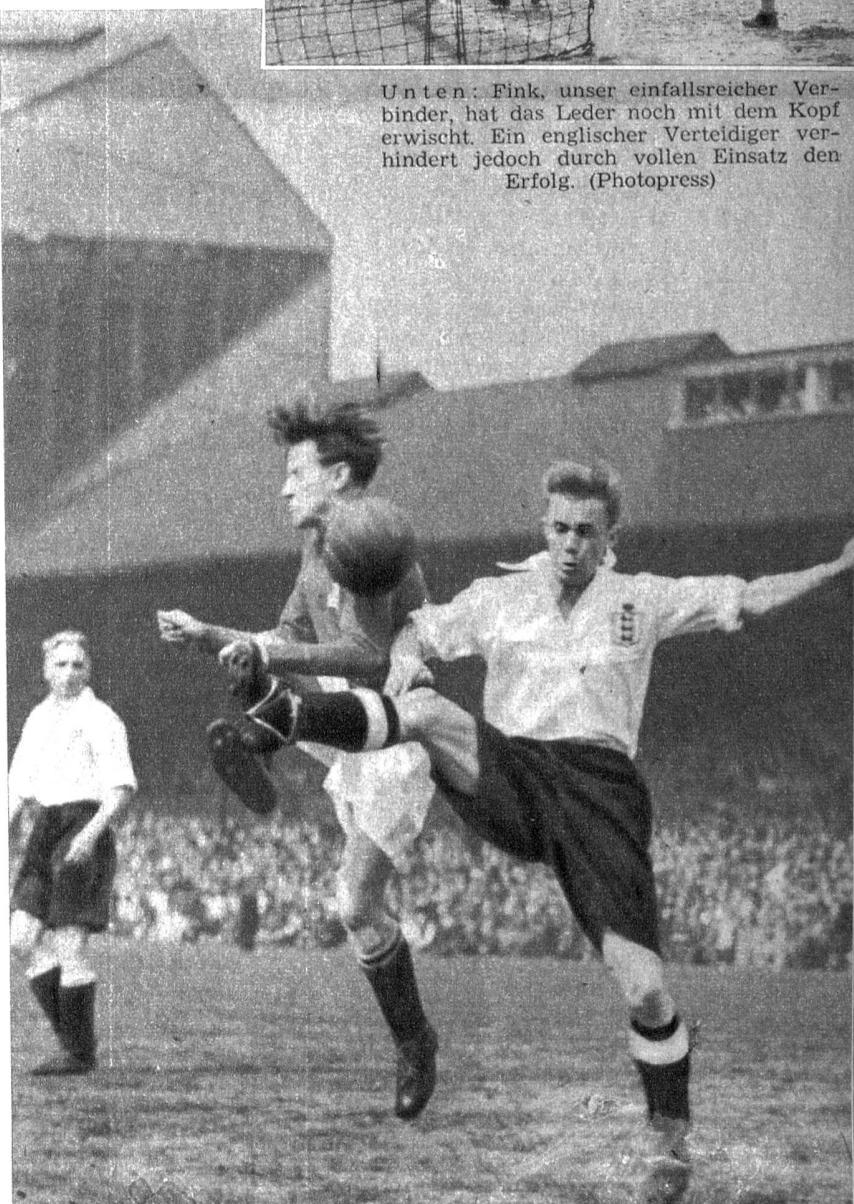
Kampfmoment vor dem Schweizertor: England schießt einen Cornerball. Ballabio erreicht denselben hochsprungend vor Carter und Lawton. Springer (links) und Steffen (rechts) decken ihre Gegner gut, so dass der Eckball resultatlos verläuft. (Photopress)



Das zweite Tor für England wird erzielt. Lawton, der Mittelstürmer, hat den Ball dem Mittelläufer Brown zugespielt. Dieser setzt das Leder durch satten Kopfstoss über die Torlinie. Rechts in schwarzem Dress Ballabio und links der Verteidiger Giger, die beide dem Ball nachsehen. (Photopress)



Unten: Fink, unser einfallsreicher Verbindler, hat das Leder noch mit dem Kopf erwischt. Ein englischer Verteidiger verhindert jedoch durch vollen Einsatz den Erfolg. (Photopress)



Quer durch Bern

Der historische Propaganda-Staffellauf «Quer durch Bern» wurde seiner Aufgabe, für die Leichtathletik in der Bundesstadt zu werben, einmal mehr volllauf gerecht, doch in den verschiedenen Kategorien rund 20 Läufer. Unser Bild zeigt den Start der Kategorien D und E auf dem Bundesplatz beim Bundeshaus. (ATP)



POLITISCHE RUND SCHAU

Die gefährliche Konjunktur

-an: «Fünfzig Franken Belohnung erhält derjenige Arbeiter, der unserm Betrieb einen neuen Arbeiter bringt». Ob diese herumgebotene Situationsmeldung auf unserm industriellen Arbeitsmarkt wörtlich den Tatsachen entspricht, können wir nicht sagen. Aber dem Sinne nach scheint sie's durchaus zu tun. Wir haben die Vollbeschäftigung in einem Umfange, wie sie während des Krieges nicht bestand und vor dem Kriege durch lange Jahre nicht im Traum gedacht werden konnte. *Die Landwirtschaft steht vor einem schweren Problem.* Unsere Landesversorgung ist immer noch nicht restlos gesichert. Wir sollten keine geringere Getreideernte einbringen als im letzten Jahre, wir sollten auch nicht weniger Kartoffeln haben. Zwar stehen die bäuerlichen Soldaten nicht mehr im Felde, aber haufenweise ziehen die Leute, die sonst für die schweren «Werchen» herangezogen werden konnten, dorthin, wo Konjunkturlöhne winken.

Nicht erst seit gestern befassen sich *die Behörden* mit der Frage, wie man einer ungesunden Aufblähung unseres Produktionsapparates und den Folgen eines Rückschlages zeitig entgegenwirken könnte. Es fragt sich in der Tat, ob «etwas zu machen sei». Das heisst, es wäre sicher etwas zu machen, aber es wird nichts geschehen, falls die «Wenn und Aber» stärker sind als der Wille zum Durchgreifen und die Ueberzeugung, dass man könne, wenn man wolle. Zu fürchten ist nur, dass die «zweigespaltene Seele» unserer Politik hin und her schwankt zwischen dem Zweifel an der Nützlichkeit behördlicher Massnahmen und dem Glauben an die «planende Staatsmacht», und dass man sich weder der Eingriffe enthält noch wirklich plant. Man möchte sagen: Schade, dass das Kolumbusei noch nicht auf die Spitze gestellt wurde! Schade, dass kein richtiges Programm in Kraft steht, welches den Staat in höchster Wirksamkeit eingreifen und zugleich die privaten Unternehmer in höchster Initiative schaffen lässt. Diese «Synthese» ist es ja gerade, die gefunden werden muss!

Was könnte denn geschehen? Genau genommen, ist nicht etwa die jetzige Hochkonjunktur ungesund. «Ungesund», in höchstem Grade schmerhaft und für den Zustand des Volkskörpers mörderisch würde nur ein plötzliches Absacken dieser Vollbeschäftigung werden. Da scheint uns denn festzustehen, dass man nicht jetzt sinnlos bremsen müsse, etwa mit einschränkenden Vorschriften. Dagegen sollten die späteren, automatisch eintretenden Bremswirkungen aufgehoben werden. Es handelt sich darum, dass die *Konjunkturgewinne*, auch die Löhne, die über ein gewisses Maximum steigen sollten, *nicht in Ueber-Investitionen und wahnsinnigen Betriebsvergrösserungen angelegt werden, sondern als Reserven* in allen nur möglichen Formen für den «Auffang der Krise» bereitgestellt werden müssen. Wenn unser Bundesrat Handhaben hat, dann schaffe er schnellstens Bestimmungen, welche diese Reserveanlagen befehlen. Die heute vollbeschäftigten, später vielleicht vollarbeitslosen Konsumenten müssen in der Krisenzeit vollkräftige Käufer bleiben. Das ist unser ABC!

Der 2. Juni

Es scheint, dass der kommende 2. Juni nach den Schlussdaten des zweiten Weltkrieges vielleicht als erstes wichtiges in die Geschichte eingehen werde. Mehr und mehr kommt zutage, dass *die nächsten französischen Wahlen* und *die am gleichen Tage fälligen italienischen*, die zu-

gleich über das Schicksal der Monarchie entscheiden werden, Aufschluss über den Kurs der beiden «lateinischen Mächte» und damit Westeuropas erteilen. Die Rückwärtsbewegung der revolutionären Strömungen, die erfahrungs-gemäss auf den grössten Linksausschlag des Pendels folgt, hat vermutlich in beiden Ländern seit dem letzten halben Jahr eingesetzt und zur «Sammlung rechts» geführt. In Frankreich sicherlich — in Italien weniger sicher, aber doch sehr wahrscheinlich. Man kann sogar vermuten, dass die sozialistische Linke in beiden Ländern am 2. Juni zu einer letzten Kraftanstrengung ausholen müssen, wenn sie einen empfindlichen Prestige-verlust vermeiden wollen. Gelingt es ihnen, die heutigen Positionen zu halten, und können sie hernach durch erfolgreiches parlamentarisches Wirken wieder aufholen, was sie seit ihrer Mitverantwortung in den Uebergangsregierungen an Kredit verloren, dann haben sie Hoffnung auf spätere Fortschritte. Verlieren sie aber ihr jetziges Gewicht, werden sie in die Opposition gedrängt, dann ist zunächst ein Anschwellen der Gegenströmungen unvermeidlich, und man weiss aus dem deutschen Beispiel, was dies bedeutet. Das Elend des ersten Nachkriegsjahres wird ihnen aufgekreidet, und auf Grund dieser ungerechten Rechnung wird sich ein neuer Nationalismus breitmachen und die Geschäfte von Leuten besorgen, die es mit Frankreich und Italien kaum besser meinen, als die Macht, die hinter den Kommunisten steht.

In Italien kompliziert sich die Lage durch den Kampf für und gegen die Monarchie. Nur die «Liberale Partei» steht unter allen grössern Parteien noch für das Haus Savoyen ein. Die linksbürglerliche «Aktionspartei» ist ebenso wie die «Christlich-soziale Partei» republikanisch. Seit König Viktor Emanuel abgedankt hat und mit der Königin nach Aegypten übergesiedelt ist, röhren sich anscheinend die zivilen und militärischen Anhänger seines Sohnes, der als «König Umberto» geschworen hat, den Entscheid der Nation anzuerkennen. Die Kommunisten warnen vor einem Staatsstreich dieser Elemente und behaupten, es liegen Pläne vor, die nur durch das Einschreiten der Alliierten verhindert worden wären.

Es liegt in dieser kommunistischen Warnung das Einverständnis eines dauernden Argwohns gegenüber der «ungeheuren Mehrheit», die sich als antimonarchistisch ausgewiesen, die aber, falls von der Rechten her irgendwas unternommen würde, passiv bliebe. Man fürchtet eine solche Haltung für den Fall eines neuen Fascistenputsches. Man glaubt ebenso, dass der grosse Haufe knieweich wäre, wenn die gestürzten Generäle ihr «Avanti Savoia» ausrufen würden. Alleiniges Vertrauen geniessen nur die links orientierten Gewerkschaften, die aber allein stehen würden, und vielleicht schlimmer als allein! Denn die Frage steht offen, wem in solchem Falle die Sympathien der Amerikaner und jener britischen Kreise zufallen würden, die in den Links-partei eben doch Verbündete Moskaus sehen.

Der Sieg der Republikaner in den Wahlen steht zwar soviel wie sicher. Aber die Wahlen sind nicht alles. Togliatti und Nenni, die Häupter der Linksparteien, sehen in den neu auferstandenen «Popolari» von Anno 1922, eben den heutigen «Christlich-Sozialen», doch nur eine Sammelpartei für alle unsicheren Elemente. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass ein Erstarken dieses katholischen Zentrums am 2. Juni den Kurs nach rechts einleitet. In Italien wie in Frankreich werden «Zentrum» und MRP leicht genug ihre bisherige Bindung nach links hin aufgeben, mit der Rechten paktieren, im Namen der bürgerlichen Freiheit gegen den allmächtigen Staat, wie ihn die

Ausserste Linke propagiert, demonstrieren, und das Ende vom Liede wird sein, dass die alten ideologischen Streitigkeiten zwischen «Bürgerlich» und «Marxistisch» wieder aufblühen, ohne dass die so notwendige Verbindung zwischen staatlicher Lenkung und individueller Verantwortung in der Wirtschaft gefunden wird.

Die Russen warten ab, die anderen auch, das ist der Eindruck, den man vor dem nahen Ende der Aussenministerkonferenz in Paris immer sicherer gewinnt. Mag hinter den Kulissen gemarktet werden, soviel und über was man will, es sind bis heute keine Resultate bekannt geworden, die man als sicher bezeichnen dürfte. Italien wird je nach dem Wahlausgang anders behandelt werden, von seiten der Angelsachsen sowohl wie von seiten der Russen. Frankreich aber wird, da sein Aussenminister Bidault mitberät, nach dem 2. Juni sein Gewicht ebenfalls in die eine oder andere Waagschale werfen und damit entweder mehr im Sinne der Russen als bisher — oder aber eindeutiger nach dem Herzen der Amerikaner stimmen.

Bidault hat nach den verschiedensten Anzeichen das Zünglein an der Waage gespielt, das heißtt, er hat den heutigen Machtverhältnissen in Frankreich entsprechend gearbeitet; das bedeutet, dass er nichts unternehmen durfte, was die Kommunisten brüsikt haben dürfte, aber auch nichts, was ihm das Vertrauen der MRP und der Sozialisten hätte kosten können. Zur Zeit de Gaulles trug seine Politik eine entschiedener nationalistische Färbung. In ihm sah man den Befürworter der bekannten «Westblock-Plane», die seit dem Ausscheiden de Gaulles auf die Seite gelegt wurden, da die Kommunisten sie strikte ablehnen. Nach dem 2. Juni könnte vielleicht ein anderer Aussenminister sehr energisch nach rechts schwenken, mit England durch dick und dünn gehen und alles befürworten, was einem ebenfalls antikommunistisch orientierten Italien auf die Beine helfen würde.

Stimmen die Meldungen, dann sind die Russen in der Tripolisfrage, vielleicht in der Hoffnung auf Frankreichs Unterstützung in andern Belangen, den Engländern entgegengekommen, d. h. sie stimmen der Errichtung eines unabhängigen Staates Libyen, der Tripolis und die Cyrenaika umfassen soll, zu. Sie befürworten sogar die Mitwirkung Italiens im «Treuhandregime», welches unter britischer Präsidentschaft diesen neuen Staat während einiger Jahrzehnte leiten soll. Sie sollen, falls dies nicht ein Versuchsballon ist, ebenso die französischen Empfehlungen ihrerseits, Italien die vor-mussolinischen Kolonien Eritrea und Somaliland zurückzugeben.

Aber man beachte: Jeder italienische Wähler wird vernehmen, wer dem Lande die Mithilfe bei der libyschen Treuhänderschaft und die Kolonien verspricht. Heisst es, dass es die französische Linksregierung und die Russen geben, die das empfohlen, dann bedeutet dies einen Appell, für die Linke zu stimmen. Und in Frankreich wird es heißen, dass man eine Politik der Versöhnung gegenüber Italien befolge. Dass Frankreich auf Gebietserwerb in den Seecalpen, am Mont-Cenis und im Aostatal bestand und sich schlüsslich mit einigen geringen Korrekturen begnügte, kommt ebenfalls aufs Konto der von links inspirierten Aussenpolitik. Es heisst, dass die vier Aussenminister überhaupt zu keiner einzigen abschliessenden Regelung gekommen seien als gerade in der französisch-italienischen Grenzfrage. Und es ist möglich, dass Militärs und Nationalisten im Wahlkampf daraus Vorwürfe gegen die Linke ableiten und erklären: Bürokratie im Innern, Verkauf der Landesinteressen in der Aussenpolitik !

Um ein Butterbrot, so verkünden übrigens auch die britischen Tories, verkaufe die Laboupolistik das Empire. Grund zu dieser bitterbösen Beschuldigung geben den alten britischen Imperialisten gegenwärtig zwei Geschäfte: Erstens die vom amerikanischen Senat genehmigte Milliardenanleihe an England, zweitens die Räumung ganz Aegyptens durch die britische Armee. Beides hätten die harten Herren auf der Rechten ohne

Zweifel ganz anders gedreht. Sie würden den USA erklärt haben, dass England Geld borgen wolle, ja, gegen gute Zinsen, aber ganz und gar nicht gegen die Einräumung von Handelsvorrechten für die amerikanische Exportindustrie in allen britischen Kolonien. In Aegypten hätten sie ohne Zweifel die britische Besatzung verstärkt, nicht geschwächt, hätten keinen einzigen Soldaten zurückgezogen, bis Aegypten sich für ewige Zeiten ans Empire gebunden haben würde.

Im britischen Unterhause wurde über das ägyptische Geschäft energisch debattiert, und abermals erlebte die Welt, dass Labour neue Wege beschreitet, um das Verhältnis zu den abhängigen Staaten zu regeln, dass es dabei aber nicht gesonnen ist, auch nur einen Fussbreit britischer Interessen zu opfern. Aber anders sind die Methoden Labours, sogar völlig anders. In den Erklärungen, die der Premier Attlee und andere Minister abgaben, verdienen vor allem zwei Thesen festgehalten zu werden. Erstens gebe es britisch-ägyptische Verträge, die eine gemeinsame Verteidigung des Landes in Kriegszeiten vorsehen. Dass das Nilland selbst das grösste Interesse hat, der britischen Hilfe für den Kriegsfall sicher zu sein, ergibt sich aus der ganzen politischen Lage im Nahen Osten. Keiner der arabischen Staaten kann ohne die Hilfe des britischen Empires auskommen, falls der «Angreifer von morgen» je aktiv würde. Labour baut also auf die selbstverständliche Interessengemeinschaft des Empire und Aegyptens für den Fall, dass es jemals zu einer Auseinandersetzung mit Russland käme. Das ist das eine. Das andere aber wurde durch Attlees Aeusserung klar: Ohne die Räumung Aegyptens würden die Verhandlungen über das künftige Verhältnis zwischen London und Kairo niemals auf fruchtbaren Boden geführt werden können. Mit andern Worten: Die «selbstverständliche Interessengemeinschaft» mit Aegypten soll nicht dadurch gestört werden, dass man die nationalistische Empfindlichkeit des Partners provoziert, dass man gleichsam mit ihm verhandelt, während man die Faust an seiner Kehle und den Dolch an seinen Rippen hat. Man will Vertrauen zeigen und dadurch das volle Vertrauen ernten.

Vielelleicht platzt einmal, obgleich die Konferenz von Simla abgebrochen wurde, auch die Bombe, welche die Weltöffentlichkeit über die Ergebnisse der britisch-indischen Verhandlungen unterrichtet und abermals von einem scheinbaren Rückzug des britischen Imperialismus erzählt, welcher letzten Endes die Interessengemeinschaft auch Indiens mit dem Empire auf ganz neuer Basis herstellt. Es fällt in diesen Verhandlungen momentan sehr ins Gewicht, dass es britische Schiffe sind, die im hungernden Bombay mit dem rettenden Proviant eintreffen. Und es ist vielleicht überhaupt diese soziale und humanitäre Aktivität der Engländer, welche dem ganzen Gefüge seines Weltreichs neues «Eisen» zuführt, wichtiger als das Eisen der Bajonette und Kanonen.

Es mag selbst auf die Russen Eindruck machen, die dieser Politik zusehen und sie nicht so kläglich wie früher die Nazis missverstehen. Am Ende haben sie ja auf ganz ähnliche Weise den Persern ihr Aserbeidschan wieder zurückgegeben, d. h. sich in der «tartarischen roten Armee» und Regierung in Täbris ein befreundetes Verbindungsglied nach Teheran geschaffen. Was sie nun aber dazu sagen werden, wenn England statt Aegypten Palästina zur Schutzbasis für den Suezkanal ausbauen und dort ein gemischt arabisch-jüdisch-christliches Regime einrichten will, und ob sie nicht just dagegen die Araber aufputschen werden, wird sich zeigen. Wird sich vor allem nach dem 2. Juni, dem Entscheidungstag in Westeuropa, zeigen. Denn je nach dem Ausgang verhärtet sich die Lage dann auch im Nahen Osten.